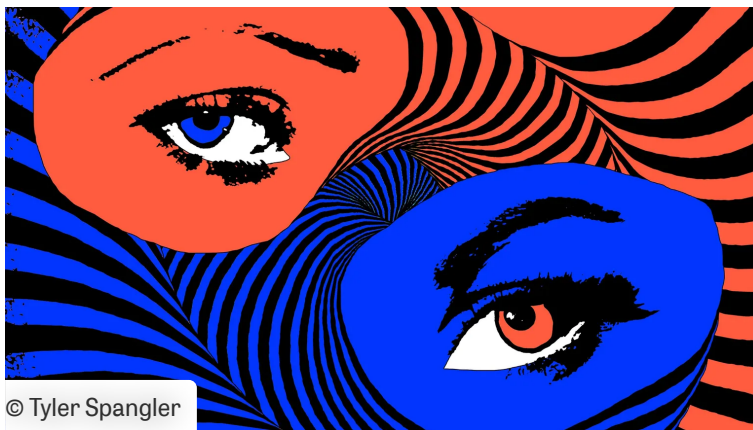




Medienwandel

Die Meinung ist frei, aber immer weniger wert

Es geht gerade oft nicht mehr um Argumente, sondern nur noch um die richtige Meinung. Auf diese Weise machen Meinungen sogar dumm. Und natürlich profitieren die Falschen.

Ein Gastbeitrag von Thomas Beschorner

15. Februar 2025, 14:48 Uhr

Thomas Beschorner ist Professor für Wirtschaftsethik und Direktor des Instituts für Wirtschaftsethik der Universität St. Gallen in der Schweiz.

Trump versprach sie in seiner Inaugurationsrede dem amerikanischen Volk, das er aus den Klauen einer angeblichen Zensur befreien will. Betreiber von sozialen Medienplattformen haben den Begriff für sich als das politische Zauberwort entdeckt, mit dem sie sich als gute Demokraten [<https://www.zeit.de/thema/demokraten-usa>] inszenieren. Und auch in Europa führen wir dazu seit einigen Jahren hitzige Debatten: Freespeech, Meinungsfreiheit. Doch so wichtig freie Meinungsäußerung ist, vor einem Meinungsabsolutismus sollten sich freie Gesellschaften hüten. Denn dieser ist der Demokratie abträglich.

Das deutsche Grundgesetz hält es in seinem Artikel fünf aus guten Gründen für unabdingbar, dass jeder und jede das Recht hat, "seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten". Darf man damit jede noch so

schräge Stilblüte verlautbaren, zum Beispiel der Meinung sein, zwei plus zwei wäre fünf, die Erde sei eine Scheibe oder Menschenrechte [https://www.zeit.de/thema/menschenrechte] sollten nur für Menschen mit einem Jahreseinkommen ab 100.000 Euro gelten? Die juristische Antwort lautet: jein!

Meinungen, so stellte das Bundesverfassungsgericht erst vor einigen Jahren fest [https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2022/11/rk20221109_1bvr052321.html], "müssen grundsätzlich nicht begründet werden", da es sich bei ihnen um persönliche Werturteile handelt. Diese sind also vom Grundsatz der Meinungsfreiheit gedeckt, und zwar "unabhängig davon, ob die Äußerung rational oder emotional, begründet oder grundlos ist und ob sie von anderen für nützlich oder schädlich, wertvoll oder wertlos gehalten wird." Die Meinung, Menschenrechte sollten nur für eine bestimmte Gruppe von Menschen gelten, dürfte von dieser Maxime juristisch ebenso gedeckt sein wie die Meinung, dass Deutschland dringend eine starke rechtsextreme Partei braucht.

Das Politische Feuilleton

> [https://www.zeit.de/politisches-feuilleton/index]

Mehr aus dem Ressort

Wahlkampf

Unsere Demokratie ist einfach sehr elitär

[https://www.zeit.de/kultur/2025-02/wahlkampf-demokratie-personalisierung-geschichte]

Identitätspolitik

Woke ist doch längst Mainstream, oder?

[https://www.zeit.de/kultur/2025-02/identitaetspolitik-wokeness-diversitaet-inklusion-debatte]

Regulierung von KI

Höchste Eisenbahn

[https://www.zeit.de/kultur/2025-02/regulierung-ki-europa-usa-technologie-eisenbahn]

Dieser Sachverhalt mag bei manchen zwar Kopfschütteln verursachen, doch das Grundgesetz und seine entsprechenden Auslegungen durch das Bundesverfassungsgericht spiegeln ein denkbar breites Verständnis von Freiheit wider, bei dem erst einmal alle möglichen Werturteile, Sichtweisen und Einschätzungen von den Bürgerinnen und Bürgern artikuliert werden können. Dies ist derart umfassend, dass selbst den Feinden einer offenen Gesellschaft Meinungsfreiheit zugebilligt wird, und zwar im Vertrauen "auf die Kraft dieser Auseinandersetzung als wirksamste Waffe auch gegen die Verbreitung totalitärer und menschenverachtender Ideologien", wie das

Bundesverfassungsgericht in einem Urteil 2017 notierte [https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2017/01/bs20170117_2bvb000113.html?nn=68080]. Es gibt nur wenige juristische Ausnahmen, die von diesem liberalen Grundsatz des Grundgesetzes abweichen.

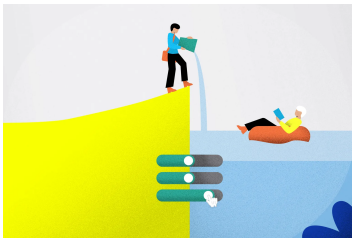
Meinungen machen oft dumm

Nicht nur im juristischen Sinne, sondern auch lebensweltlich ist eine schlichte Meinung unterdessen von einer Behauptung zu unterscheiden. "Zwei plus zwei ist fünf" oder "die Erde ist eine Scheibe" sind keine Meinungen, sondern Tatsachenbehauptungen, bei denen man sich auf Fakten und rationale Argumentationssysteme bezieht. Behauptungen erfordern Begründungen und Belege, wodurch wir ein Argument schaffen, das gut oder schlecht begründet oder belegt sein kann. Aber es gibt dadurch überhaupt erst einmal – anders als bei einer Meinung – ein Argument, verbunden mit der Möglichkeit einer argumentativen Verständigung mit anderen.

Argumente, nicht Meinungen, sind der Nährboden für produktive Streitkulturen. Sie sind diskursöffnend, weil sie uns Chancen für inhaltliche Auseinandersetzungen bieten. Durch eine Argumentation fordern wir andere heraus, denn an Argumenten kann sich gerieben werden. Sie können Überzeugungskraft haben oder aber mit Gegenargumenten konfrontiert werden, durch die womöglich andere Begründungen oder Belege ins Feld geführt werden. Begründete und belegte Behauptungen sind genau dadurch "lautstark", weil sie zum Miteinanderreden auffordern und uns zum, so die bekannte Formulierung des Philosophen Jürgen Habermas, "zwanglosen Zwang des besseren Arguments" nötigen, der uns im Idealfall gesellschaftlich vorankommen lässt.

Meinungen hingegen schließen Diskurse. Eine Meinung kann zwar laut in die Welt gerufen werden, im Grunde ist sie aber stumm, denn über Meinungen kann man nicht wirklich streiten. Und Meinungen sind nicht nur stumm, sondern sie machen oft auch dumm, sie stellen keine Herausforderungen für Korrekturen und damit verbundene Lernprozesse dar. Meine Meinung, deine Meinung, Basta!

Interaktive Tools und Rechner



Rentenrechner

Wie lange muss ich noch arbeiten?

Die gesetzliche Rente reicht selten, um den Lebensstandard im Alter zu halten. Unser Rechner zeigt, wie lang Sie arbeiten müssten. Und wie Sie die Lücke schließen können.

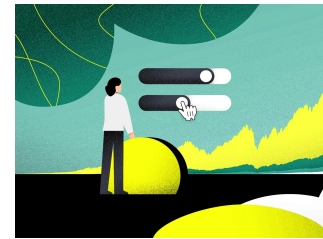
[<https://www.zeit.de/geld/2025-02/rentenrechner-arbeit-ruhestand-geld-finanzen>]



Wahlprogramme der Parteien

Bekomme ich was raus?

Unser interaktiver Rechner zeigt, ob Sie mit Ihrem Einkommen von den Steuerplänen der Parteien profitieren – aber auch, wo die Programme vielleicht zu viel versprechen.



ETF-Sparplan

So viel Geld bring Ihnen ein monatliches Aktieninvestment

Zum Investieren an der Börse ist es selten zu spät, zeigt unser ETF-Rechner. Wer jeden Monat einen kleinen Teil der Weltwirtschaft an der Börse kauft, braucht nur Geduld.

[<https://www.zeit.de/geld/2025-06/etf-sparplan-rendite-sparplanrechner>]

Das rechtspopulistische Erlebnisversprechen

Die Notwendigkeit argumentativer Verständigungen dürfte den meisten Menschen einleuchten, und dies weiterhin in aufklärerischer Tradition hochzuhalten, wird natürlich wichtig bleiben. Angesichts des deutlichen Rechtsrucks macht man es sich mit bloßen Aufrufen an den mündigen Bürger aber natürlich auch arg bequem. Die Frage ist schließlich: Wieso verfangen rechtspopulistische Narrative bei einem wachsenden Teil der Bevölkerung so gut?

So vielfältig die Antworten auf diese Frage sind, erscheint hier ein Aspekt wesentlich: Die Angebote aus dem rechtsextremen Spektrum sprechen Emotionen an, durch die sich Menschen positiv erleben können, in einer Form, die sie als Empowerment empfinden. Gefühle, so stellt die Soziologin Eva Illouz in ihrem jüngst erschienenen Buch *Explosive Moderne* [<https://www.suhrkamp.de/buch/eva-illouz-explosive-moderne-t-9783518432068>] zutreffend fest, spielen sich nicht nur im eigenen Inneren ab, sondern markieren ebenso Übergänge (*limen*) zum sozialen Miteinander. Emotionen sind insofern kein bloßer innerer

Zustand einer Person, sondern genauer betrachtet eine enorm bedeutsame Verbindung des Menschen zu seiner sozialen Mitwelt: "Die (meisten) Gefühle sind der Dialog, den wir *sotto voce* mit der Welt führen", schreibt Illouz. "Durch Gefühle internalisieren wir die äußere Welt und externalisieren wir unsere innere Welt, und zwar fortwährend und nahtlos."

Bei einem Teil der Bevölkerung scheint zuletzt das Empfinden gestiegen zu sein, dass diese Schwelle nicht mehr funktioniert, man fühlt sich entkoppelt von politischen Themen und gesellschaftlicher Teilhabe. Manche emotionalen Angebote der vergangenen Jahre resonieren bei ihnen so ganz und gar nicht mehr: Sei es die Furcht vor der Zukunft, die exemplarisch in Greta Thunbergs "*I want you to panic*" zum Vorschein kam, die Scham bei Flugreisen oder die Angst, seine Meinung nicht mehr sagen zu dürfen. Denn das macht alles nicht nur keinen Spaß, sondern es kann auch richtig zornig (Emotion!) machen, sich als gesellschaftlich entfremdet zu empfinden.

Rechtspopulistische Strömungen entwickelten vor diesem Hintergrund eine emotionale Angebotspalette, die vornehmlich auf dem Erlebnisversprechen baut, das Selbst und die äußere Welt besser verbinden: eine Heimat finden, etwa in identitären Bewegungen, einen neuen Nationalismus durch Freund-Feind-Demagogien fördern oder zurückzukehren zu einer "maskulinen Energie", wie es der jüngst zum Trump-Fan konvertierte Meta-Chef Mark Zuckerberg formulierte.

Nicht alle sind rational erreichbar

In diese emotionalen Erlebniswelten reiht sich der am rechten Rand vertretene Meinungsabsolutismus sehr gut ein. Endlich kann man wieder alles sagen, heißt es. Political Correctness ade, Gendern sowieso. Und man kann sich auch so richtig Luft verschaffen, ja zornig und wütend sein, wozu auch Beleidigungen als probates Mittel erscheinen. Bestes Beispiel ist hier Elon Musk [<https://www.zeit.de/thema/elon-musk>], der Bundeskanzler Olaf Scholz als einen "Narren" und "Dummkopf" bezeichnete [<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2024-12/elon-musk-olaf-scholz-beleidigung-ruecktritt-forderung>] sowie Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier einen "undemokratischen Tyrannen" nannte.

Natürlich sollte man die genannten Unanständigkeiten kritisieren, ebenso die Demagogien rechter Bewegungen als das benennen, was sie sind. Man kann auch darauf hinweisen, dass Demokratie – und damit zuvorderst das Argumentieren – Arbeit ist, man die Komfortzone des reinen Meinens verlassen sollte. Man sollte aber ebenso zur Kenntnis nehmen, dass Teile der Bevölkerung nur noch bedingt mit rationalen Argumenten erreichbar sind. Dies umso weniger, je mehr sich Menschen in quasi-religiösen, stark identitär-aufgeladenen Emotionskontexten bewegen, aus denen sie ihr Wohlgefallen

ziehen.

Womöglich ist dies auch einem Webfehler der Moderne geschuldet, die ja im Kern rationalistisch angelegt ist, also auf etwa rationale Verständigung, rationales Wirtschaften, rationale Wissenschaften setzt, dem emotionalen Erleben aber kaum politischen Raum gibt. Den Preis für diese Vernachlässigung von politischen Emotionen zahlen wir nun, weil rechtsextremistische Bewegungen und Parteien diese Leerstelle mit Bravour besetzen.

Befördert wird diese Entwicklung bereits seit einiger Zeit durch eine Meinungsinflation. Das beginnt mit den sozialen Medien: Was sich durch Facebook, Twitter und Co zunächst als die Einlösung des Versprechens einer "bürgerlichen Öffentlichkeit auf gleichberechtigte Inklusion aller Bürger in Gestalt der neuen Medien endlich zu erfüllen" schien, erstarrte "alsbald zur libertären Grimasse weltbeherrschender Digitalkonzerne", bemerkte Jürgen Habermas in seinem 2022 erschienenen Buch [<https://www.suhrkamp.de/buch/juergen-habermas-ein-neuer-strukturwandel-der-oeffentlichkeit-und-die-deliberative-politik-t-9783518587904>] *Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit und die deliberative Politik*. Inzwischen ähneln diese Plattformen auf Gutheiß ihrer Betreiber einer öffentlichen Toilettentür, auf der beliebig emotional rumgekritzelt werden kann. Statt Argumentationsräume zur Verfügung zu stellen, gleichen die meisten sozialen Medien bloßen Inszenierungen von Öffentlichkeit.

Wir unterschätzen, wie viel Arbeit in gutem Journalismus steckt

In einem verbreiteten Meinungsmodus bewegen wir uns jedoch nicht nur auf sozialen Plattformen, sondern auch in Teilen klassischer Medien. Seit Jahren ist die Zunahme von Meinungsbeiträgen in Form von Leitartikeln, Kommentaren oder Kolumnen zu beobachten, die durchaus mehr rationale Argumente für die vertretene Position vertragen könnten. Der Journalist und ehemalige ZEIT-Chefredakteur Roger de Weck bemerkt in seinem jüngst erschienenen Buch *Das Prinzip Trotzdem – Warum wir den Journalismus vor den Medien retten müssen* [<https://www.suhrkamp.de/buch/roger-de-weck-das-prinzip-trotzdem-t-9783518128633>], die aktuellen Meinungsinflationen degradiere "nicht nur kundige Meinungen und harte Fakten, sondern unweigerlich auch die Debatte an sich".

Dabei sind die Gründe für den Anstieg von Meinungsbeiträgen vielfältig. Da ist zunächst ein durch den digitalen Wandel entstandener Druck auf die Redaktionen, in stetig kürzerer Zeit mehr und mehr Texte zu produzieren. Ein sauber ausgearbeiteter Beitrag jedoch benötigt Zeit, weil das Thema recherchiert werden muss, Gespräche mit Akteuren oder Expertinnen und Experten zu führen sind, Quellen geprüft und dokumentiert werden müssen. Wir unterschätzen als Leserinnen und Leser tendenziell, wie viel Arbeit in

einem guten journalistischen Beitrag steckt. Der reine Meinungsbeitrag hingegen ist oft deutlich flotter verfasst.

Meinungsbeiträge rechnen sich im Zweifel aber nicht nur in der Produktion, sondern sind auch für die Angebotsseite interessant. Weil sie oft provokant und eingängig geschrieben sind und über eine "starke These" verfügen, ermöglichen sie in der Regel eine starke Anschlusskommunikation: Man kann ihnen euphorisch zustimmen und in sozialen Medien teilen oder sie vehement ablehnen, ja sogar *hate reading* betreiben, um sich publizistisch zu gruseln. In beiden Fällen entstehen: Klicks, die man sich ökonomisch wünscht.

Der Anstieg von Meinungsstücken ist jedoch nicht nur ökonomisch begründet. Denn im Bereich der Medien haben wir es mitunter mit Eigentümerstrukturen zu tun, bei denen es nicht nur – und in Teilen nicht einmal primär – um schwarze Bilanzzahlen geht, sondern um etwas kategorial anderes: eine politische und gesellschaftliche Einflussnahme auf Debatten. Hier werden Investitionen in die Produktion gesellschaftlicher Denkweisen geleistet.

Besonders eifrig betrieben wird dieses *ideology making* zuletzt von rechtskonservativen und -libertären Medienhäusern. Einige etablierte Zeitungen wie beispielsweise die *Welt* oder die *Neue Zürcher Zeitung* haben sich dahingehend in den letzten Jahren verändert. Strategische Neugründungen, wie das Onlinemedium *Nius* ergänzen diese Orientierungen durch eine Ansammlung von "Abgründen aus Hass und Gehässigkeit, Verdrehungen und Verleumdungen, Manipulation und Wahn", wie es der Medienjournalist Stefan Niggemeier einmal nannte [<https://uebermedien.de/88781/verhetzen-verunglimpfen-verachten/>].

Spaß am Überzeugen

Eine von vielen Strategien zur Beeinflussung gesellschaftlicher Denkweisen ist dabei die Umdeutung und Neubesetzung von Begriffen. In diesem Zusammenhang betrifft das vor allem den Begriff der Freiheit im Allgemeinen sowie den der Meinungsfreiheit im Besonderen.

Mündet der Begriff der Freiheit zunehmend in einen schlichten Egoismus – und übersieht dabei beflissen, dass ein wohlverstandener Freiheitsbegriff stets mit Verantwortungsfragen einhergeht [<https://www.zeit.de/kultur/2022-01/querdenker-freiheit-impfgegner-liberalismus-corona>], wird Meinungsfreiheit zum *free speech absolutism* radikalisiert und damit suggeriert: Wenn alle einfach nur alles sagen können, dann wird schon alles gut in der Demokratie. Das ist jedoch eine rhetorische Finte, die im Wesentlichen bezweckt, die Relevanz von evidenzbasierten Argumenten zurückzustufen und rationale Verständigungen zu erschweren.

Was folgt aus all dem? Zum einen braucht es den kritischen Blick, um zu unterscheiden, wo ein produktives Ringen um das bessere Argument einer interessierten Öffentlichkeit stattfindet – und wo lediglich rein meinungsgetriebene Pseudo-Arenen inszeniert werden.

Noch wesentlicher ist zum anderen aber die systematische Frage, wie Demokratie für viele Menschen wieder attraktiver gemacht und mit positiven emotionalen Erlebnissräumen verbunden werden kann. Oder genauer: Mit positiven emotionalen Erlebnissräumen, die zugleich auch konstruktiv sind. Denn auffällig am Erfolg rechtsextremer Kräfte ist, dass ihre Angebote des Empowerments allzu oft von der lustvollen Abfuhr destruktiver Gefühle leben. So dient der von Trump, Musk und AfD propagierte Meinungsabsolutismus ja nicht selten als Lizenz, politische Gegner zu beschimpfen und zu degradieren.

Im Kontrast dazu müsste eine demokratische Argumentationskultur deutlich machen, dass der Austausch von Begründungen sowie das interessierte Zuhören zwar zunächst mühsamer sein mögen als garstiges Herummeinen, mittelfristig aber viel lustvoller sein können. Das Gegenüber mit stichhaltigen Belegen zum Nachdenken zu bringen oder selbst etwas dazuzulernen ist nämlich vor allem auch eins: ein großer Spaß.